

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Weltpolitik verlangt Beweglichkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Weltpolitik verlangt Beweglichkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 6, pp. 347-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131729>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

bei der entscheidenden Abstimmung die absolute Mehrheit der Versammlung gegen ihn aussprach. Eine Niederlage mit kleinerer Mehrheit, die infolge zahlreicher Stimmenthaltungen im französischen Parlament die Regel ist, verpflichtet ihn nur moralisch, aber nicht staatsrechtlich zum Rücktritt.

Europa- und Atlantikpolitik traten bei der letzten Regierungskrise nur zweitrangig, als wohlgefällige Vorwände in Erscheinung. Der Kampf wurde auf doppelter Ebene geführt: Verteidigung oder Beseitigung gemeinschaftsschädlicher Wirtschaftsprivilegien; Beibehaltung oder Wechsel des führenden politischen Personals. Die Anspielungen auf

die neutralistischen und anti-europäischen Absichten von Mendès-France entbehrten der Berechtigung. Seine Regierungserklärung war in dieser Beziehung selbst für mißtrauische Beobachter beruhigend. Schließlich verpflichtete er sich, im Gegensatz zu dem sehr europäischen René Mayer, für die Ratifizierung der Europaarmee die Vertrauensfrage zu stellen. Nur mit einem Höchstmaß politischer Verständnislosigkeit konnten einige französische Zeitungen versichern, Bidault sei gegen Mendès-France wegen dessen lauer Haltung gegenüber der Europaarmee gewesen. Bidault dachte dabei ausschließlich an seine eigenen Ministerpräsi-

denchancen nach dem Fehlschlag des anderen Kandidaten. Was die Europaarmee betrifft, ist seine eigene Lauheit, die in taktischen Verzögerungsmanövern ihren Ausdruck findet, hinter den Kulissen hinreichend bekannt.

An der französischen Außenpolitik vermag übrigens keine Regierung etwas zu ändern, wie sie auch immer zusammengesetzt ist, selbstverständlich mit Ausnahme einer kommunistischen Diktatur. Frankreich muß und wird den atlantischen und europäischen Weg weitergehen, einfach weil es keine Alternativlösungen gibt und bisher die Europagegner nichts anderes positiv vorzuschlagen hatten. (fr.)

England und die Bermuda-Konferenz

Die zur Krönung in London versammelten Regierungschefs des Commonwealth bekundeten Sir Winston Churchill ihre volle politische Übereinstimmung. Das bedeutet nicht, daß nun plötzlich aller Konfliktstoff innerhalb des britischen Staatenbundes bereinigt wäre, denn interne Streitfragen zwischen einzelnen Commonwealth-Mitgliedern werden bei dem periodischen „Meinungsaustausch“ taktvoll übergangen, aber die Besucher aus Übersee haben sich von der taktischen Berechnung von Churchills kühnem diplomatischen Vorstoß überzeugen lassen und ihm bewußt den Rücken für die Bermuda-Konferenz gestärkt. Wenn der linkssozialistische „New Statesman and Nation“ darüber hinaus glaubt, daß Churchill seine Kollegen angesichts der Vertagung der Zusammenkunft mit den amerikanischen und französischen Regierungschefs um ihr Einverständnis zu einem privaten Treffen mit Malenkow vor der Bermuda-Konferenz gebeten hat, so scheint hier doch der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Man weiß in London sehr wohl, daß das beabsichtigte Abstimmen der westlichen Auffassungen vor einer Viermächtekonferenz mit Rußland in Moskau den Ärger und die Furcht vor einer Einheitsfront des Westens verstärken muß, aber außer den

Amerika-Kritikern auf dem linken Flügel der Arbeiterpartei gibt es in England niemanden, der deshalb eine Trübung der Beziehungen mit den westlichen Alliierten in Kauf nehmen möchte.

In verantwortlichen politischen Kreisen Londons betrachtet man die Bermuda-Konferenz keineswegs nur als Vorbereitung und Auftakt für eine spätere Zusammenkunft mit Stalins Epigonen. Eine neue Manifestation westlicher Solidarität wäre auf alle Fälle wünschenswert, nachdem die streitbaren Reden einiger republikanischer Senatoren und der folgende Chorus im isolationistischen Lager wieder einmal demonstriert haben, wie leicht britische Initiativen in Amerika Argwohn und Mißverständnisse auslösen können. Sie wäre um so wünschenswerter, als die Russen Präsident Eisenhowers Aufforderung, konkrete Beweise ihrer Verständigungsbereitschaft zu geben, nicht nachgekommen sind, sondern im Gegenteil ihre diplomatische Position durch Hinweise auf Potsdam versteift haben, die im Augenblick überflüssig sind. Sie wäre aber auch wünschenswert, um aller Welt klarzumachen, daß die zweifellos vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und London wirkungsvolle gemeinsame Aktionen nicht ausschließen.

In dieser Hinsicht erscheint es Churchill, der in Edens Abwesenheit das Auswärtige Amt mit souveräner Eigenmächtigkeit leitet, psychologisch wichtig, das offizielle Einverständnis der Commonwealth-Konferenz für seine fernöstliche Politik erhalten zu haben. Wenn Rot-China ehrlich bestrebt ist, einen Waffenstillstand in Korea zu schließen, so ist damit nach der Londoner Auffassung, die man auch in Canberra teilt, die Möglichkeit zu seiner späteren Aufnahme in die Vereinten Nationen gegeben. Wann — das hängt von der amerikanischen Reaktion ab. Diese Ansicht wird Präsident Eisenhower in Bermuda präsentiert werden, doch will man es deshalb nicht zu einem Streit mit Washington kommen lassen. Man hat in London immer Rot-China als selbständige Macht und nicht als Teil des kommunistischen Imperiums angesehen. Manche Beobachter in London betrachten die Behandlung des koreanischen Streitfalls als einen Prüfstein für Chinas wirkliche Ansichten, so wie Moskaus Haltung zum österreichischen Staatsvertrag zum Gradmesser der russischen Verständigungsbereitschaft geworden ist. Zeigt sich Peking in Korea zu Konzessionen bereit, so werden die Commonwealth-Politiker dies als Bestätigung ihrer Analyse der fernöst-

lichen Lage betrachten. Sollten sie enttäuscht werden, so müßten sie sich logischerweise dem amerikanischen Standpunkt nähern. Inzwischen möchten sie aber Peking eine Chance geben, seinen guten Willen unter Beweis zu stellen. Niemand in London möchte Rot-China durch Vernachlässigung von Kontaktmöglichkeiten weiter in den Bann Moskaus treiben oder den russischen Diplomaten gar die Möglichkeit geben, im Fernen Osten als Vermittler aufzutreten. Andererseits fehlt es aber nicht an Stimmen, die nach den Ereignissen in Südostasien heute China die größeren Expansionstendenzen zuschreiben und deshalb schon heute dem rigoroseren amerikanischen Standpunkt zuneigen.

Auch wenn keine formelle Tagesordnung für Bermuda festgesetzt worden ist, so wird Europa doch mehr Raum einnehmen als der Ferne Osten. Neben den Fragen der großen Politik wird Churchill auch Wirtschaftsprobleme zur Sprache bringen. Man ist in London etwas verschnupft über das geringe Interesse, das man im März Schatzkanzler Butler in Washington entgegenbrachte, als er die Vorschläge der Commonwealth-Wirtschaftskonferenz vortrug. Man fühlt sich heute in London — und diese Ansicht wird von der City geteilt — in einer stärkeren Position, nicht nur materiell, sondern auch psychologisch, insofern als das Commonwealth und europäische Wirtschaftsmächte die britische These von „Handel, nicht Hilfe“ teilen und die Konkurrenzfähigkeit englischer Firmen selbst auf dem von hohen Zöllen umhegten amerikanischen Inlandsmarkt durch das Ergebnis verschiedener öffentlicher Ausschreibungen eklatant demonstriert worden ist. Präsident Eisenhower hätte diesen europäischen Wünschen vielleicht

schon stärker Rechnung getragen, wenn er nicht aus innerpolitischen Gründen auf die mit den Isolationisten eng verbundenen Hochzollinteressenten Rücksicht nehmen müßte, und er wird sie in Bermuda noch einmal hören.

Man läßt in Downing Street gelegentlich durchblicken, daß Sir Winston Churchill seine Ansichten mit aller Deutlichkeit vertreten

werde. Wenn nötig, werde er sich Senator Tafts Wort vom „allein marschieren“ zu eigen machen. Man braucht solche Berichte nicht allzu ernst zu nehmen. Es gibt in Großbritannien keine Isolationisten oder Neutralisten. Auf alle Fälle sind die Verhältnisse zu labil, als daß sich London schon heute auf eine bestimmte Linie für Bermuda festlegen wollte. (A.)

Weltpolitik verlangt Beweglichkeit

Wenn ich kurz nach dem Regierungswechsel in der Sowjetunion darauf hinwies, daß man mit einer Konsolidierungspolitik des Kreml nach innen und außen rechnen müsse, so scheint sich diese Prophezeiung in vollem Maße als richtig zu erweisen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es sich um nicht mehr und nicht weniger als eine Konsolidierungspolitik handelt, die letztlich der Stärkung des sowjetischen Machtpotentials dienen soll. Aber worauf sollten wir sonst warten, etwa auf eine Umkehr der ideologischen Grundlinie des Kremls? Das wäre ja wohl etwas naiv. Diese Konsolidierungspolitik kann weitgespannte weltpolitische Folgen haben. Es scheint so, daß Moskau die ernste Absicht hat, alle schwachen Stellen nach außen zu bereinigen. Es scheint sich bei den Führern der Sowjetpolitik die Anschauung durchgesetzt zu haben, daß eine solche Bereinigung durchaus keinen Prestigeverlust zu bedeuten braucht.

Der alte Weltpolitiker Churchill scheint diese Absicht der Sowjets in vollem Umfang erkannt und die einzig mögliche Folgerung daraus gezogen zu haben, daß es nämlich höchste Zeit ist, seine westlichen Alliierten davon zu überzeugen, daß man diese Situation im Rahmen des Möglichen nutzen muß. Weltpolitik treiben, heißt beweglich sein. Es scheint zwar so, als ob die Amerikaner aus Mangel an weltpolitischer Tradition diese Beweglichkeit in ihrer außenpolitischen Konzeption etwas vermissen lassen. Es dürfte aber ein gewisser Grad von Wahrscheinlichkeit bestehen, daß es Churchill gestützt auf das Empire gelingen wird, die amerikanische Außenpolitik aufzulockern.

Die weltpolitischen Etappen dürften für die nahe Zukunft abgesteckt sein: Konferenz der europäischen Außenminister, Bermuda-Konferenz, Viererbesprechung. Sind wir uns eigentlich klar genug darüber, daß diese kurze Spanne weltpolitischen Geschehens unser Schicksal auf lange Jahre hinaus bestimmen kann? Es scheint sich uns diesmal eine reale Chance zu bieten, die Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit doch noch in Frieden und Freiheit durchführen zu können. Die Wiedervereinigung Deutschlands muß für uns in der Rangfolge der politischen Zielsetzungen die erste Stelle einnehmen. Darüber darf kein Zweifel bestehen. Wir leisten damit der europäischen Gemeinschaft den besten Dienst. Solange ein großer Teil Deutschlands von den Sowjets besetzt gehalten wird, würde jede europäische Integration mit so viel Spannungen geladen sein, daß sie in ihrer Wirksamkeit bedenklich geschwächt wird. Es bleibt aber unsere ureigenste Aufgabe, die westlichen Alliierten mit aller Deutlichkeit auf die Bedeutung dieses Punktes hinzuweisen. Wir dürfen es einfach nicht erleben, daß die Viererbesprechung ohne eine eindeutige Bereinigung der Deutschlandfrage abschließt. Wenn es auch richtig ist, der sowjetischen Kursänderung mit Zurückhaltung statt mit Enthusiasmus zu begegnen, so darf auf keinen Fall die weltpolitische Bedeutung und die Bedeutung für unser künftiges Schicksal, die darin liegen kann, unterschätzt werden. Es ist zweifellos falsch, wenn Politiker aus parteipolitischen Überlegungen heraus die Ernsthaftigkeit der sich ergebenden Aspekte wegdisputieren wollen. (sk)

CARL F. PLUMP & CO.

GEGR. 1828

BANKGESCHÄFT · AUSSENHANDELSBANK
BREMEN - BÖRSENHOF

Auskunft und Beratung in allen finanziellen Angelegenheiten · Eröffnung direkter Akkreditive